



Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 36

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Clemens Vollnhals

Evangelische Kirche
und
Entnazifizierung
1945–1949

Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit

R. Oldenbourg Verlag München 1989

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Vollnhals, Clemens:

Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949 : die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit / Clemens Vollnhals.

– München : Oldenbourg, 1989

(Studien zur Zeitgeschichte ; Bd. 36)

Zugl.: München, Univ., Diss., 1986

ISBN 3-486-54941-3

NE: GT

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gesamtherstellung: Verlagsdruckerei E. Rieder, Schrobenehausen

ISBN 3-486-54941-3

Inhalt

Vorwort	7
I. Kirche und Besatzungsmacht	9
II. Neuordnung der evangelischen Kirche	22
1. Rückblick auf den Kirchenkampf	22
2. Der Weg nach Treysa	27
3. Die Schuld der Kirche	33
III. Konfliktpunkt Entnazifizierung	45
1. Entnazifizierungspolitik und -praxis der Militärregierung	45
2. Die Kritik der Kirchen 1945/46	52
3. Entstehung und Durchführung des Befreiungsgesetzes	60
4. Die Offensive der evangelischen Kirche 1946	69
5. Reaktionen und Kontroversen	84
6. Das Jahr 1947	94
7. Endkrise der Entnazifizierung und neuer Vorstoß der Kirchen	103
IV. Die Landeskirche in Bayern	121
1. Kirche und Nationalsozialismus	121
2. Zusammenbruch und Entnazifizierung	133
3. Die unterbliebene Selbstreinigung	141
4. Das Scheitern der Militärregierung	148
5. Die Mitläuferfabrik	156
6. Die Entnazifizierung der Theologischen Fakultät Erlangen	170
V. Die Landeskirchen in Württemberg, Hessen und Bremen	180
1. Württemberg	180
Exkurs: Das Verfahren in der französischen Besatzungszone	193
2. Hessen	200
Die Neuordnung der Teilkirchen	203
Selbstreinigung und Entnazifizierung	209
3. Bremen	222
VI. Pfarrer vor der Spruchkammer	232
1. Ein Fehlurteil zu Lasten des Betroffenen	233
2. Die Verfolgung eines Denunziationsvorwurfs	238
3. Kirchenkampf in der Provinz	249
Das Verfahren gegen den DC-Pfarrer	253
Das Verfahren gegen den BK-Pfarrer	258

4. Ein Bekenntnispfarrer mit Goldenem Parteiabzeichen	268
5. Zusammenfassung	275
VII. Resümee	281
Anhang	289
Tabellen	289
Abkürzungen	290
Quellen und Literatur	293
Personenregister	304

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist die gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im WS 1986 von der Universität München angenommen wurde. Sie wurde durch Stipendien des Bayerischen Staates zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und des Evangelischen Studienwerks e. V. gefördert und wäre ohne diese Hilfe vielleicht nie fertiggestellt worden.

Zu Dank bin ich weiterhin den Mitarbeitern der staatlichen und kirchlichen Archive für ihre Mühe und Auskunftsbereitschaft verpflichtet, ebenso den Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte und der Geschäftsstelle der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte, München. Wertvolle Anregungen und Hilfe gaben insbesondere Dr. Hans Woller, Dr. Klaus-Dietmar Henke und Dr. Carsten Nicolaisen. Dank schulde ich nicht zuletzt meinem Doktorvater, Professor Dr. Friedrich Prinz.

Bei der Kürzung und Korrektur des Manuskripts haben sich die Freunde und Kollegen Dr. Wolfgang Behringer, Claudia Nölting M. A., Viktoria Strohbach M. A. und Gabriele Jaroschka viel Mühe gemacht. Als kleine symbolische Anerkennung für die langjährige Anteilnahme und ihre Art der Hilfe ist die Studie meiner Frau Daniela und unserem Sohn Lion gewidmet.

I. Kirche und Besatzungsmacht

Erste Erfahrungen mit deutschen Kirchenführern gewannen die amerikanischen Besatzungstruppen im Oktober 1944 nach der Besetzung Aachens. Der katholische Bischof von Aachen, Johannes van der Velden, erklärte sich sofort zur Zusammenarbeit bereit und gab zu verstehen, daß er den Klerus anweisen werde, „den US-Truppen Auskünfte über die einheimische Bevölkerung zu geben und sie vor Nazis zu warnen. Er wünscht jedoch“, heißt es im Gesprächsprotokoll weiter, „mit allem Nachdruck, daß jede derartige Zusammenarbeit völlig geheimgehalten werden müsse, da weder er noch irgendeiner seiner Priester Lust hätten, vor ihren Landsleuten als ‚Denunzianten‘ dazustehen.“ Nicht minder nachdrücklich sprach sich van der Velden, als er nach seinen Vorstellungen hinsichtlich der Zukunft Deutschlands befragt wurde, für die konstitutionelle Monarchie oder für eine Republik mit starkem Präsidenten nach amerikanischem Vorbild aus, da „der Staatstyp der Weimarer Republik der deutschen Mentalität nicht nahezubringen“ sei. Das neue Deutschland solle „von allen konservativen Kreisen, katholischen und anderen, gestaltet werden, um es gegen die Gefahr eines Wiedererstehens des Nazismus oder einer kommunistischen Revolution zu schützen“. Hinsichtlich der Entnazifizierung erklärte der Bischof, viele Beamte seien aus Charakterschwäche der NSDAP beigetreten, könnten aber gleichwohl „nach sorgfältiger Prüfung mit großem Nutzen von den Besatzungsbehörden beschäftigt werden“¹.

Die positiven Reaktionen, die der erste Kontakt bei den Amerikanern hervorrief, wurden nachhaltig getrübt, als ein Team der Psychological Warfare Division die Personalpolitik des neuen Oberbürgermeisters Franz Oppenhoff untersuchte, den van der Velden vorgeschlagen hatte. Oppenhoff hatte, ganz im Sinne einer Neugestaltung Deutschlands auf konservativer Grundlage, die Stadtregierung aus konservativen Fachleuten und jungen Industriellen gebildet und dabei bewußt auf die Einbeziehung von SPD- oder KPD-Vertretern verzichtet. Der Führungsspitze gehörte zwar nur ein NSDAP-Mitglied an, doch waren von 72 Schlüsselpositionen in der Verwaltung nicht weniger als 22 mit Parteigenossen besetzt. Dieser Befund löste bei dem linksorientierten Untersuchungsteam unter der Leitung Saul K. Padovers heftige Empörung aus: „In short, under the nose of MG, the Oppenhoff administration was setting up the framework of an authoritarian, hierarchical, bureaucratic, corporate fascism – a type of Ständestaat that even the Nazis had rejected.“² Der Bericht warf der örtlichen Militärregierung politische Naivität und Diskriminierung der Antifaschisten vor und löste, da er auch der amerikanischen Presse zugespielt wurde, scharfe Reaktionen aus. Noch kurz vor der Übergabe Aachens an die Briten kam es zu einer Entlassungswelle in der Stadtverwaltung, der sich die Degradierung des Aachener MG-Detachements anschloß. Oppenhoff, der auf seinem Posten belassen worden war, wurde am 25. März 1945 von zwei SS-Männern als Kollaborateur ermordet.

¹ Protokoll vom 20. 10. 1944, in: Volk, Ausblick, S. 205 ff.

² Zit. nach Saul K. Padover, Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer, New York 1946, S. 224. Vgl. Niethammer, Besatzungsmacht, S. 172 ff.

Das Beispiel Aachen ist in vieler Hinsicht für die ersten Besatzungsmonate typisch. Es zeigt den Einfluß der Kirchen auf die Neubesetzung von Stadt- und Gemeindeverwaltungen, ihre Förderung konservativer Kreise, die auch eine Protektion kirchentreuer Nationalsozialisten einschloß, wie die Bedeutung der amerikanischen Presse, die echte oder vermeintliche Entnazifizierungsskandale begierig aufgriff und die Militärregierung außerordentlich unter Druck setzen konnte. Gleich in der ersten Stadt unter amerikanischer Besatzung zeigte sich auch der Konflikt zwischen der politischen Säuberung, deren Kriterien nur vage definiert waren, und der Erhaltung administrativer Effizienz.

Mit dem Vordringen der amerikanischen Truppen wurde das Problem, nach welchen politischen Kriterien Neubesetzungen erfolgen sollten, immer dringlicher, zumal amerikanische Linksintellektuelle und Emigranten in höheren Militärstäben die Zusammenarbeit des zumeist konservativ eingestellten Offizierskorps der Kampftruppen mit deutschen Konservativen auf lokaler Ebene mit großem Mißtrauen verfolgten. Im März 1945 wandte sich Brigadegeneral Frank McSherry hilfesuchend an Robert Murphy, den politischen Berater des State Department für die amerikanische Militärregierung, und forderte mit Verweis auf die Ereignisse in Aachen konkrete Richtlinien: „There is crying need for guidance.“³ Anfang Mai übermittelte Murphy dem amerikanischen Außenminister einen Richtlinienentwurf, der neben den geltenden Entnazifizierungsbestimmungen auch positive Auswahlkriterien enthielt: Bevorzugt eingestellt werden sollten Funktionäre aus den demokratischen Organisationen der Weimarer Zeit. Hierzu rechnete Murphy die Gewerkschaften, SPD und DDP sowie viele Mitglieder des Zentrums. Auch unter den Mitgliedern der DVP und DNVP könnten sich Antinationalsozialisten befinden, „but they were so generally imbued with German nationalism, militarism, and conservative traditionalism as to make their members unsuitable for all purposes. In many cases members of these rightist parties are only less dangerous than the Nazis themselves.“ Weiterhin empfahl Murphy bei Neubesetzungen alle demokratischen Gruppierungen angemessen zu berücksichtigen: „Appointments should especially avoid giving too much prominence to elements from extreme left or extreme right of the anti-Nazi-section of the population.“ In vornehmlich katholischen Gebieten sei es angebracht, mehr ehemalige Zentrumsmitglieder zu ernennen, während in protestantischen Industriegebieten Sozialdemokraten und Gewerkschafter bevorzugt werden sollten. Der Rat der Ortspfarrer sei vielfach nützlich, doch müsse die örtliche Militärregierung jeden Kandidaten sorgfältig überprüfen, da die Kirchen keineswegs gänzlich anti-nationalsozialistisch eingestellt gewesen seien⁴.

Ausführlicher führte Murphy seine politische Beurteilung der deutschen Kirchen in dem Antwortschreiben an McSherry aus: Die evangelische Kirche besitze zwar einige herausragende Führer, die dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet hätten, habe sich jedoch in weiten Teilen, besonders in den späteren Jahren der NS-Herrschaft, dem Druck der NSDAP unterworfen. Ähnliche Vorbehalte äußerte Murphy, selbst praktizierender Katholik⁵, auch hinsichtlich der katholischen Kirche. Sie habe zwar im ganzen eine geschlossenere Front gegen den Nazismus gebildet als die evangelische Kirche. Neben couragierten Anti-Nationalsozialisten wie den Bischöfen Preysing in Berlin, Galen

³ NA, RG 84, 731/3, McSherry an Murphy vom 22.3.1945.

⁴ NA, RG 84, 737/3, Draft Directive: Political Considerations for the Guidance of Military Government Officers in Making Appointments in Germany vom 7.5.1945.

⁵ Spotts, Kirchen, S. 52.

in Münster und Faulhaber in München habe es jedoch auch viele gegeben, die keine ähnlich kompromißlose Haltung eingenommen hätten und die deshalb nicht als vertrauenswürdige Antinazis gelten könnten. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die von Pfarrern empfohlenen Personen zumeist konservativen Kreisen angehörten. „We would thus lay ourselves open to the charge of encouraging ‚rightist‘ and ‚reactionary‘ political movements and policies at the expense of more ‚liberal‘ policies if we leaned too heavily or exclusively on church advice. We must constantly bear in mind the point [...] that while many of the rightist and conservative elements were anti-Nazi, they were at the same time strongly nationalistic and imbued with the German military tradition. Our aim is not only to destroy Nazism (negative) but to seek out and encourage elements which have been or may become truly democratic (positive).“⁶

Mit der geforderten demokratischen Gesinnung war es jedoch häufig nicht zum Besten gestellt, wie spätere Überprüfungen der von den amerikanischen Kampftruppen ad hoc eingesetzten Amtsträger ergaben. Auch die kirchlichen Personalvorschläge entsprachen oft nicht den politischen Anforderungen eines demokratischen Neubeginns. Leo Schwing, ein führender katholischer Politiker aus dem Rheinland, urteilte am 13. April 1945 in seinem Tagebuch über die Personalpolitik der Pfarrer: „Sie empfehlen Personen, die politisch bedenklich sind, denen sie aber Vertrauen schenken, weil sie gute Katholiken sind [...]. So erlebt man, daß eine ganze Reihe von richtigen Nazis in wichtigen Stellungen sitzen, [...] gedeckt durch den schwarzen Rock und dessen Empfehlungen schmuggeln sie sich ein.“⁷

Nicht viel anders verhielten sich evangelische Würdenträger. Wie gering das Reservoir völlig unbelasteter Kandidaten mit einwandfreier demokratischer Vergangenheit war, zeigte sich, als Colonel Colberg, der Leiter der Rechtsabteilung der bayerischen Militärregierung, am 4. Juni den bayerischen Landesbischof Hans Meiser aufsuchte und ihn um die Benennung vertrauenswürdiger Personen zur Reorganisation des Justizwesens bat. Meiser erklärte unumwunden, daß er „nur dann eine Liste geeigneter Juristen vorlegen könne, wenn Parteigenossen nicht von vornherein ausgeschlossen sein sollen“⁸. Ähnlich verlief die Unterredung zwischen dem württembergischen Militärgouverneur Dawson und Landesbischof Theophil Wurm am 19. Juli, als es um die Benennung geeigneter Persönlichkeiten für die württembergische Landesregierung ging: „Der Herr Bischof erklärt zurückhaltend, es sei schwer, Leute vorzuschlagen, weil fähige Leute und die Mittelschicht (altersmäßig), sofern sie nicht Parteigenossen gewesen seien, kaum Gelegenheit gehabt hätten, sich zu entfalten und zu bewähren.“ Besorgt über die ersten Entlassungsmaßnahmen der Militärregierung, stellte Wurm auch die Frage, ob es denn wahr sei, daß keine NSDAP-Mitglieder mehr als „Bürgermeister, Landräte etc.“ amtieren dürften?⁹

Im Unterschied zur katholischen Kirche, die kaltgestellte Zentrums Politiker oder ehemalige Funktionäre der christlichen Gewerkschaften für Spitzenpositionen benennen konnte, hatten die evangelischen Bischöfe große Schwierigkeiten, den ihnen zugestandenen politischen Einfluß zu nutzen, da sie nur in sehr geringem Umfang auf bewährte Per-

⁶ NA, RG 84, 731/3, Murphy an McSherry vom 4. 5. 1945.

⁷ Zit. nach Spotts, Kirchen, S. 86.

⁸ LKAN, NL Meiser 212, Aktennotiz Meisers vom 4. 6. 1945. Vgl. Kap. IV/2.

⁹ LKAS, NL Hartenstein, 52/3, Bericht über Empfang des Landesbischofs beim amerikanischen Militärgouverneur am 19. 7. 1945.

sönlichkeiten aus dem demokratischen Spektrum der Weimarer Parteienlandschaft zurückgreifen konnten. Parteipolitisch hatte sich die überwiegende Mehrheit der evangelischen Pfarrerschaft und der sogenannten „gut kirchlichen Kreise“ während der Weimarer Republik an den antidemokratischen Rechtsparteien, vornehmlich der DNVP, orientiert¹⁰. Das Leitbild der mit wenigen Ausnahmen fest im konservativ-nationalen Lager beheimateten Meinungsführer in Theologie, kirchlicher Presse und kirchlichem Verbandswesen war und blieb die verklärte Welt des preußisch-protestantisch geprägten Wilhelminischen Kaiserreichs. Den Aufstieg der NSDAP hatten maßgeblich evangelische Wählerschichten getragen. Wie Wahlanalysen zeigen, wurde nach 1930 der Konfessionsfaktor „zur wichtigsten Einflußgröße des nationalsozialistischen Wählerverhaltens überhaupt“¹¹. Erst im März 1933 gelangen der NSDAP nennenswerte Einbrüche in katholische Gebiete, die bis dahin eine kaum zu überwindende Barriere dargestellt hatten.

Einen Einblick in den geistigen Horizont evangelischer Kirchenführer unmittelbar bei Kriegsende vermitteln die Aufzeichnungen hoher amerikanischer Offiziere über erste Begegnungen und Gespräche mit Vertretern der Bekennenden Kirche. Sie hinterließen bei den Kirchenoffizieren der Education and Religious Affairs Branch (ERA) einen recht zwiespältigen Eindruck. Starke Zweifel an der Demokratiebereitschaft des deutschen Protestantismus waren Marshall M. Knappen, dem Leiter der Religious Affairs-Abteilung der amerikanischen Militärregierung, bereits während der gemeinsamen anglo-amerikanischen Planungsphase 1944/45 gekommen¹².

Genügend Anlaß für solche Vorbehalte boten die Lektüre der Zeitschrift der Bekennenden Kirche (Junge Kirche), die den Kampf des Nationalsozialismus gegen den gottlosen Kommunismus stets lobend hervorhob, und Niemöllers 1934 erschienene Autobiographie „Vom U-Boot zur Kanzel“, die Sympathien für die NS-Bewegung deutlich erkennen ließ¹³. Niemöllers Vergangenheit als Marineoffizier und Freikorpsführer während der Ruhrkämpfe 1920 bestärkte Knappen noch zusätzlich in der Einschätzung, daß die Bekennende Kirche, die als Widerpart der Deutschen Christen gewissermaßen den Hoffnungsträger des deutschen Protestantismus darstellte, unter politischen Gesichtspunkten als ausgesprochen konservativ und illiberal zu beurteilen sei: „Not all the anti-

¹⁰ Dahm, Pfarrer, S. 148, rechnet 70–80 Prozent der evangelischen Pfarrerschaft zum Typ des konservativ-national eingestellten Pfarrers mit ausgeprägt antidemokratischer Gesinnung. Vgl. auch Nowak, Kirche und Weimarer Republik; Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik; Wright, Über den Parteien; Scholder, Kirchen, Bd. 1.

¹¹ Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?, S. 16. Vgl. Scholder, Kirchen, Bd. 1, S. 160 ff. Die Bedeutung des Konfessionsfaktors bleibt in abgeschwächter Form auch dann erhalten, wenn man für die protestantischen Gebiete Nord-, Mittel- und Ostdeutschlands, in denen die NSDAP ihre größten Erfolge erzielen konnte, die Negativfaktoren – höhere Arbeitslosigkeit, stärkere Agrarverschuldung und geringerer Urbanisierungsgrad – berücksichtigt. Vgl. Loren K. Waldmann, Modells of Mass Movements – The Case of the Nazis, Diss. Chicago 1973, S. 79–99. Zahlreiche Beispiele für den protestantischen Zeitgeist 1933 finden sich bei van Norden, Kirche in der Krise, und Stoll, Zeitschriftenpresse.

¹² Zur amerikanischen Kirchenpolitik vgl. Boyens, Kirchenpolitik; Scheerer, Kirchen, S. 12 ff.; Vollnhals, Alliierte Kirchenpolitik; Vollnhals, Reichskonkordat. Zur Organisationsgeschichte der ERA-Branch vgl. Tent, ERA-Branch; Tent, Mission, S. 46 ff.; Einführung Josef Henkes in den ECR-Bestand (NA, RG 260, 5/291–3). Zur britischen Kirchenpolitik vgl. Besier, Selbstreinigung.

¹³ Vgl. Schmidt, Niemöller, S. 40 ff.

Nazi elements in the German churches should be fairly called democratic and reasonable be expected to cooperate with a future democratic program.“¹⁴

Wenn es noch eines spektakulären Anlasses zur Bestätigung dieser Vorbehalte bedurfte, so lieferte ihn Niemöller in einem aufsehenerregenden Interview, das er kurz nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager alliierten Reportern während eines Erholungsurlaubs in Neapel gab. Am 5. Juni teilte „Hitlers persönlicher Gefangener“ einer staunenden Weltöffentlichkeit in fließendem Englisch mit, daß er sich im September 1939 erfolglos aus dem Konzentrationslager Dachau zur Kriegsmarine gemeldet habe. Weiterhin erklärte Niemöller, er habe sich dem Totalitätsanspruch der NS-Ideologie aus rein religiösen Gründen widersetzt und sich als guter Lutheraner verpflichtet gefühlt, für sein deutsches Vaterland zu kämpfen: „My soul belonged to God. But I must render into Caesar things, that are Caesar's, which is my whole physical life.“ Damit nicht genug, erklärte Niemöller, daß für das deutsche Volk eine Demokratie nach angelsächsischem Muster nicht in Frage komme: „The Germans like to be governed. They like to live under some authority and not to be mingled into politics and such things. [...] That sort of democracy which would be useful for Germany must be found.“¹⁵ Schließlich gab Niemöller noch bekannt, daß er nach England und in die USA reisen wolle, um Geld und Lebensmittel für das hungernde deutsche Volk zu sammeln. Niemöllers Auftritt hätte wohl kaum katastrophaler ausfallen können, war er doch im westlichen Ausland zum demokratisch gesinnten Märtyrer des christlichen Gewissens gegen die Nazi-Barbarei verklärt worden. Da der Widerstand der Bekennenden Kirche gegen die Deutschen Christen im Ausland zumeist als politisch motivierter Widerstand gegen das NS-Regime interpretiert worden war, mußte das Interview heftige Irritationen auslösen. Wie mußte es um das deutsche Volk bestellt sein, wenn selbst verfolgte Pfarrer bereit waren, freiwillig für Hitler zu kämpfen, und nach der militärischen Niederringung des NS-Regimes erklärten, eine demokratische Staatsform sei für das deutsche Volk nicht geeignet? Bestätigte sich damit nicht die These des Vansittarismus, alle Deutschen seien verkappte Nazis? In der amerikanischen Militärregierung war man derart schockiert, daß Niemöller in einer Überreaktion sofort als unverbesserlicher Nationalist festgesetzt wurde.

Am 18. Juni führte Knappen ein langes Gespräch mit Niemöller, an dem auch zwei Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes OSS teilnahmen. Die Begründung, die Niemöller nun für seine Frontmeldung gab, charakterisiert anschaulich das Dilemma, in das die Bekennende Kirche 1939, wie vor ihr 1914 die Arbeiterbewegung, geraten war: „Up to the outbreak of war, Niemöller stated, he was opposed to it, but once it had begun he could see no alternative than to take up the fight of one's nation. It was particularly easy to adopt this position, he said, because the ‚Polish terror‘ just previous to outbreak had been real. He claimed to know many German Protestant clergymen who had been ‚slaughtered‘ in Poland. Accordingly he had volunteered for active service.“ Erst im KZ Dachau (ab 1941) habe er begriffen, daß Hitler nicht nur ein Fanatiker, sondern ein Verbrecher sei; von da an habe er für die Niederlage der Nazis gebetet. Auf die Frage nach

¹⁴ NA, RG 260, 5/340–2/10, Knappen, Historical Report. Education and Religious Affairs. Winter 1941 – Spring 1946, S. 10. Vgl. Knappen, Peace, S. 49f.

¹⁵ Zit. nach Daily Sketch, Niemoeller offered to fight us, und New York Herald Tribune, Niemoeller sees Germany unfit for Democracy on U.S. Lines, vom 6. 6. 1945. Vgl. Bentley, Niemöller, S. 192 ff.

seiner Einstellung zum sogenannten Röh-mputsch 1934, als Hitler hohe SA-Führer und konservative Gegner ermorden ließ, antwortete Niemöller, er habe damals fest an eine Verschwörung geglaubt und deshalb das Handeln der Nazis teilweise für berechtigt gehalten¹⁶. Zur gegenwärtigen politischen Lage führte Niemöller aus, Deutschland werde wohl bald vollständig unter russischen Einfluß geraten, teils weil die amerikanischen Truppen in Europa viel zu schwach seien, teils weil der „Bolschewismus“ neben dem Christentum die einzige geistige Kraft in Deutschland darstelle. Auch sei der Anschluß Deutschlands an die Sowjetunion innerhalb der nächsten sechs Monate eine denkbare Entwicklung, die er nicht begrüße, aber auch nicht von vornherein ablehnen wolle. Weiterhin plädierte er für die Wiedereinführung der Konfessionsschulen und gegen die Trennung von Staat und Kirche. Eine enge Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche auf politischem und sozialem Gebiet hielt er allerdings nicht für wünschenswert, wobei sein tiefsitzendes Mißtrauen gegen den „Ultramontanismus“ deutlich zum Vorschein kam. Interessant ist, daß Niemöller zu diesem Zeitpunkt noch für die Reorganisation der evangelischen Kirche auf der Grundlage der föderalistischen Verfassung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes von 1922 eintrat.

Nach dem Gespräch schrieb Knappen in einem Bericht an Murphy, Niemöller sei „a sincere and courageous but somewhat provincially minded pastor“. Man müsse sehr genau zwischen dem Mann der Kirche, dem Respekt gebühre, und dem politisch ambitionierten Ex-Offizier, den es sorgfältig zu überwachen gelte, unterscheiden. Weiterhin empfahl Knappen, die Ansichten Niemöllers zur Neuordnung der evangelischen Kirche gewissenhaft zu prüfen, alle offiziellen Verhandlungen aber über die Bischöfe Wurm und Meiser abzuwickeln¹⁷. Einen Tag später ordneten die politischen Berater der amerikanischen und der britischen Militärregierung, Murphy und Ivone Kirkpatrick, die Freilassung Niemöllers an¹⁸. Wäre ihnen bekannt gewesen, daß Niemöller seit 1924 NSDAP gewählt hatte, wäre die Entscheidung vermutlich anders ausgefallen.

Zweifellos verscherzte sich Niemöller, dessen Naturell kein diplomatisches Taktieren zuließ, mit seinem forschenden Auftreten viele Sympathien. Dazu gehörte auch, daß Ende Juli ein von amerikanischen Militargeistlichen arrangierter Vortrag vor tausend Angehörigen der US-Besatzungsbehörden in Frankfurt, der ein gutes Forum zur Selbstdarstellung bruderrätlicher Reformbestrebungen geboten hätte, im letzten Moment von höchster Stelle verboten wurde¹⁹. Selbst ein so wohlgesonnener Freund wie George Bell, der Bischof von Chichester, urteilte Ende 1945: „Wenn ein Held aufhört, ein Held zu sein, wird er zum Problem. Seit Martin Niemöllers Befreiung ist das Niemöller-Problem entstanden.“²⁰ Gerade weil die Militärregierung mit der Zielsetzung der Demokratisierung angetreten war, die man im kirchlichen Raum mit indirekten Mitteln fördern wollte, mußte Niemöller wegen seiner ungeschickten politischen Äußerungen auf Ablehnung stoßen, was seinen Gegenspielern, den Führern der „intakten“ Landeskirchen, zugute

¹⁶ NA, RG 84, 737/2, OSS-Report No. L-80 vom 20. 6. 1945. Zur Stellung der evangelischen Kirche bei Beginn des Zweiten Weltkriegs vgl. Brakelmann, Kirche im Krieg. Zum Schweigen der Kirchen anläßlich des sog. Röh-mputsches vgl. Scholder, Kirchen, Bd. 2, S. 221 ff.

¹⁷ NA, RG 84, 737/2, Report on Interview with Pastor Niemoeller vom 19. 6. 1945.

¹⁸ NA, RG 84, 737/3, Aktennotiz an SHAEF vom 19. 6. 1945.

¹⁹ Vgl. Boyens, Kirchenpolitik, S. 25 f., Anm. 69; Knappen, Peace, S. 112 ff.

²⁰ Zit. nach Besier, Geschichte, S. 14.

kam. Ohne es bewußt zu wollen, förderte die Militärregierung damit die mehr restaurativen Kräfte, die ohnehin über die besseren organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen verfügten als die Bruderräte. Noch im September 1945 berichtete Lucius Clay, der stellvertretende Militärgouverneur der US-Zone, nach Washington: „While permitting Niemöller to take active leadership in religious affairs, we have not felt it is advisable to utilize his services in other fields as yet. While his anti-Nazi stand was demonstrated fully by his own actions, it is still too early to predict as to his wholehearted rejection of the militaristic and nationalistic concepts of the former German state.“²¹

Wesentlich einfacher gestaltete sich hingegen für die Militärregierung das Arrangement mit Meiser und Wurm. Sie dachten politisch ebenso konservativ wie Niemöller, hatten aber das Glück, nicht im Rampenlicht der amerikanischen Presse zu stehen. Am 19. Mai hatte Knappen eine erste Unterredung mit Meiser, dem Sprecher des konfessionsbewußten Luthertums und treibenden Mann des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Lutherrat). Er informierte Knappen aus seiner Sicht über die innerkirchliche Lage und stellte insbesondere das Einigungswerk Wurms heraus. Seinerseits erfuhr Meiser, daß die Militärregierung der „Fühlungnahme bzw. [dem] Zusammenschluß der deutschen Landeskirchen untereinander nicht hinderlich sein“ wolle, „doch sei die Zeit dafür noch nicht gekommen“. Meisers kurze Aktennotiz endete mit dem Passus: „Ich bitte ihn, den General Eisenhower über die allgemeine Lage zu unterrichten, Gefahr der Hungersnot, Verelendung des Volkes, Not der wegen Parteizugehörigkeit Entlassenen, Gefahr der Bolschewisierung.“²² Diese vier Stichworte umreißen schlaglichtartig die unter evangelischen wie katholischen Kirchenführern weitverbreitete politische Grundorientierung, die die Kritik der Entnazifizierungspolitik und die Bekämpfung des Kommunismus bereits zehn Tage nach der bedingungslosen Kapitulation zu den vordringlichsten Anliegen der Kirche zählte. Zwei Monate später sollte Meiser in einer gemeinsamen Eingabe mit Kardinal Faulhaber heftig gegen die amerikanischen Entnazifizierungsmaßnahmen protestieren²³.

Zu den manchmal so entscheidenden Zufälligkeiten, die den ersten Besatzungswochen ihr eigenes Gepräge gaben, gehörte es, daß Meiser die Festnummer des Nürnberger Gemeindeblattes anlässlich seiner Amtseinführung als Landesbischof 1933, die ihn mit der bayerischen NS-Prominenz abbildete, einem Religious Affairs Officer zeigte, der den wohlwollenden Rat erteilte, „sie den übrigen Stellen nicht vorzulegen“²⁴. Die Episode beleuchtet die politische Naivität Meisers in einer Zeit, als Knappen und Murphy im Anschluß an ihre Unterredungen mit ihm und Faulhaber das Konzentrationslager Dachau aufsuchten und sich über die Ermordung katholischer und evangelischer Pfarrer aus den von Deutschland besetzten Gebieten unterrichten ließen²⁵ – eine Geste, zu der sich kein deutscher Kirchenführer bereit fand.

²¹ NA, RG 260, 5/341–3/37, Clay an General Archer Lerch vom 21. 9. 1945. Wie tief das Mißtrauen saß, zeigen kritische Presseberichte über Niemöllers große Vortragsreise durch die USA vom Dezember 1946 bis März 1947. Vgl. New York Times vom 10. 12. 1946, Globe Democrat vom 3. 12. 1946, P.M. vom 21. 1. 1947. Weitere Presseauschnitte: WCC, Dr. Martin Niemöller.

²² LKAN, NL Meiser 212, Aktennotiz Meisers vom 19. 5. 1945. Vgl. Kap. IV/2.

²³ Vgl. Kap. III/2.

²⁴ LKAN, NL Meiser 212, Aktennotiz Meisers über Besprechung mit Captain Landeen vom 15. 5. 1945.

²⁵ Vgl. Knappen, Peace, S. 95.

Am 10. Mai übergab Wurm der Militärregierung in Stuttgart ein Memorandum, in dessen Mittelpunkt unmittelbar kirchliche Interessen standen: die freie Amtsausübung der Pfarrer, die baldige Entlassung aller kriegsgefangenen Pfarrer, Theologiestudenten und kirchlichen Angestellten, die Herausgabe eines Gemeindeblattes und die Rückgabe ehemaliger kirchlicher Einrichtungen. Weitere Punkte betrafen die Wiedereröffnung der kirchlichen Kindergärten, das kirchliche Wohlfahrtswesen und die Fortzahlung der Staatsleistungen, deren monatliche Höhe Wurm mit 290 000 RM bezifferte. Daran schlossen sich einige Bitten für die Bevölkerung an. An erster Stelle stand die Bitte, „Unschuldige nicht für die Verfehlungen der Partei zu bestrafen“, was als vorsichtige Kritik an ersten Entlassungsmaßnahmen verstanden werden kann. Außerdem setzte sich Wurm für die menschenwürdige Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen, für die Freilassung Minderjähriger und für eine unabhängige deutsche Rechtspflege ein²⁶. Ein paar Tage später wiederholte er in einem Gespräch mit Captain Maley die kirchlichen Anliegen und erreichte die Zusage, daß Briefe an ausländische Kirchenführer mit der militärischen Kurierpost nach Genf und Großbritannien befördert werden konnten. Zugleich äußerte Wurm, er wolle sobald wie möglich Kontakt mit den Kirchenführern Meiser, August Marahrens, Friedrich von Bodelschwingh sowie Hanns Lilje und Eugen Gerstenmaier aufnehmen; keiner von diesen war ein Vertreter des Reichsbruderrats. Nicht minder aufschlußreich für die politische Orientierung war die Erklärung, daß zur Abfassung neuer Lehrpläne und Schulbücher nur „gutwillige und erfahrene Glieder aus Kirche und Volk“ herangezogen werden sollten, „damit nicht die Aspekte der Emigration und die Gesichtspunkte anderer Völker Berücksichtigung finden“²⁷.

Auch in der ersten Unterredung mit Militärgouverneur Dawson am 18. Juni lenkte Wurm nach der Erörterung kirchlicher Anliegen das Gespräch auf politische Themen. Mit besonderem Nachdruck setzte er sich dabei für die Freilassung internerter SS-Männer ein, da sie häufig zwangsrekrutiert worden seien, und wandte sich gegen die generelle Entlassung von NSDAP-Mitgliedern. Als Sohn eines lutherischen Pastors zeigte Dawson ein überraschend großes Verständnis und betonte, daß er „befürwortende Eingaben des Herrn Landesbischof für solche Beamte positiv berücksichtigen [werde], wie er überhaupt dankbar sei für entsprechende Vorschläge des Herrn Bischof im Blick auf den Wiederaufbau unserer Verwaltung und unseres Schulwesens“. Zugleich ordnete Dawson, wie der Bericht von Oberkirchenrat Pressel (dessen NSDAP-Mitgliedschaft Dawson sicherlich nicht bekannt war), dankbar vermerkte, die Beschlagnahmung zweier Privatfahrzeuge zur ständigen Verfügung des Stuttgarter Oberkirchenrats an²⁸; Niemoeller war ein Auto verweigert worden²⁹. Die Stellung der Fahrzeuge und des nötigen Benzins sowie entsprechender Passierscheine erlaubten Wurm und einigen Begleitern die Informationsreise zur Vorbereitung der Kirchenführerkonferenz von Treysa Ende August 1945.

Am 22. Juni traf Wurm in Frankfurt Knappen, der mit einem Empfehlungsschreiben die Reise überhaupt erst ermöglicht hatte. Während der Unterredung betonte Wurm, die Kirche als Institution strebe die Errichtung einer christlichen Ordnung an, die dem Nationalsozialismus wie dem Kommunismus gleichermaßen feindlich gegenüberstehe. Zur

²⁶ LKAS, NL Hartenstein 49, Wurm an Militärregierung Stuttgart vom 10. 5. 1945.

²⁷ LKAS, NL Hartenstein 50/1, Aktennotiz über Unterredung mit Captain Maley am 15. 5. 1945.

²⁸ LKAS, NL Hartenstein 52, Aktennotiz Pressels über Unterredung mit Dawson am 18. 6. 1945.

²⁹ NA, RG 84, 737/2, Knappen, Report on the Niemoeller case up to date vom 10. 7. 1945.

Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfe es allerdings folgender Voraussetzungen – Wurm las von einer vorbereiteten Liste ab: Respektierung des Sonntags als Feiertag, christliche Erziehung in den Schulen und christliche Jugendarbeit, Zulassung kirchlicher Sozialarbeit, Wiedereröffnung der theologischen Seminare, Kontakte zu ausländischen Kirchen, Entlassung von Pfarrern und Theologiestudenten aus der Kriegsgefangenschaft, Ausweitung der religiösen Presse und regelmäßige Benzinzuteilungen. Hinsichtlich der Neuordnung der evangelischen Kirche nannte Wurm in Stichworten: Selbstreinigung von Nazi-Elementen, Reorganisation auf zentraler Leitungsebene und Rückkehr zur Kirchenverfassung von 1922. Knappen betonte den guten Willen der Militärregierung, gab aber zu verstehen, daß die Militärregierung weder kirchliche noch laizistische Gruppen einseitig bevorzugen wolle. Die Regelung aller religiösen Fragen, womit er vor allem auf die Problematik der Konfessionsschulen anspielte, solle dem deutschen Volk selbst überlassen werden. In seinem Bericht notierte Knappen anschließend die Befürchtung, Wurm und Niemöller, die sich am gleichen Tag das erste Mal wiederbegegnet waren, könnten sich an die amerikanische Öffentlichkeit wenden, um gegen die Besatzungspolitik zu protestieren³⁰.

Einen Tag später, am 23. Juni, hatte Wurm eine wichtige Unterredung mit Murphy, an der auch Pressel und Knappen teilnahmen. Wiederum verlas der Bischof, nachdem er seine Dankbarkeit über das Ende der Unterdrückung der Kirche ausgesprochen und gleichzeitig Ausschreitungen französischer Besatzungstruppen scharf verurteilt hatte, eine Bittliste. An erster Stelle stand die Einberufung der geplanten Kirchenführerkonferenz, an fünfter Stelle die Entnazifizierungsfrage. Wurm setzte sich nachdrücklich für die Beibehaltung derjenigen Beamten ein, die nur „nominelle Parteimitglieder“ gewesen seien. Eine gerechte Beurteilung könnten nur die Ortspfarrrer abgeben, nicht aber politisch völlig einseitig zusammengesetzte „Antifaschistische Ausschüsse“: „He said that sometimes these bodies were composed of people who had been long in concentration camps and did not know community sentiment as did the churchmen who could speak for the majority element in a given community.“ Diese Ausführungen und ein Gespräch mit Pressel, der den antikommunistischen Charakter der kirchlichen Jugendarbeit besonders hervorhob, veranlaßten Knappen erneut, vor möglichen politischen Umtrieben unter dem Deckmantel der Kirche zu warnen³¹. Wie viele amerikanische Besatzungsoffiziere aus akademischem Milieu hegte Knappen keine Sympathien für den Kommunismus, reagierte aber empfindlich, wenn sich Kirchenvertreter offen als Antikommunisten empfahlen und jenen Bündnispartner der USA kritisierten, der am meisten unter der deutschen Kriegsführung zu leiden gehabt hatte.

Dennoch befürworteten Murphy und Kirkpatrick am 27. Juni in einer gemeinsamen Stellungnahme die Einberufung der von Wurm vorbereiteten Kirchenführerkonferenz: „Bishop Wurm has a good record of anti-Nazi activity. From the point of view of public opinion in the US and Britain, there is some advantage in using him to pick up the threads of the Protestant church.“³² Damit war die entscheidende Weichenstellung für den Aufstieg Wurms zum Ratsvorsitzenden der neugegründeten Evangelischen Kirche in

³⁰ NA, RG 84, 737/2, Report on Interview with Bishop Wurm of Wuerttemberg vom 23. 6. 1945.

³¹ NA, RG 84, 734/23, Report on Conferences with Bishop Wurm's Party vom 26. 6. 1945. Vgl. allg. Niethammer/Borsdorf/Brandt, Arbeiterinitiative 1945.

³² NA, RG 84, 737/2.

Deutschland (EKD) gestellt. Daß die Bekennende Kirche die Führung übernehmen werde, stand ohnehin außer Frage; doch vor die Alternative Wurm oder Niemöller gestellt, favorisierte man aus politischen Gründen Wurm. Dieser besaß nicht nur im deutschen Protestantismus einen starken Rückhalt, sondern auch – was vielleicht noch wichtiger war – in der Ökumene. Am 2. Juli telegraphierte Murphy nach Washington und erbat die offizielle Genehmigung, die am 21. Juli erfolgte. Das State Department befürwortete allerdings, wie Murphy selbst, eine demokratisch-synodal legitimierte Wahl der Kirchenvertreter durch die Gemeinden³³. Die innere Zersplitterung der evangelischen Kirche und die chaotischen Verkehrsverhältnisse arbeiteten jedoch für Wurm, der auf die Neuordnung der evangelischen Kirche „von oben“ setzte.

Am 30. Juni und 1. Juli unterrichtete Wurm in Frankfurt die Militärregierung über die Ergebnisse seiner Rundreise. Präses Karl Koch und Bodelschwingh seien mit der Einberufung der Kirchenführerkonferenz für Ende August in Treysa einverstanden und hätten ihn als den Führer des deutschen Protestantismus mit der Vorbereitung beauftragt. Gegenüber den Amerikanern trat Wurm sehr selbstbewußt auf: „The Bishop replied that he suspected to be elected head of the Protestant church. Niemöller would be his ‚right hand‘. ‚I am old‘, said the Bishop, ‚and Niemöller is the logical one to succeed me‘.“³⁴ Auf Rückfrage erklärte Wurm, daß er die Auswahl der Teilnehmer persönlich treffen werde und daß einige Kirchenführer, die den Deutschen Christen angehört oder mit dem NS-Regime eng zusammengearbeitet hätten, keine Einladung erhalten sollten; dies gelte unter Umständen auch für Bischof Marahrens aus Hannover. Insgesamt rechnete Wurm mit 30 bis 40 Personen, die sich aus den amtierenden Kirchenführern der Westzonen und ihren Begleitern sowie aus Bodelschwingh und Niemöller zusammensetzen sollten. Tatsächlich erschienen jedoch, mit oder ohne Einladung, über 100, unter ihnen auch Marahrens.

In Frankfurt benutzte Wurm erneut die Gelegenheit, sich über das Verhalten der französischen Truppen zu beschweren, und kritisierte die Internierung von SS-Männern und die Entlassung nationalsozialistischer Beamter. Insbesondere setzte er sich für hohe Beamte und Industrielle ein, die die NSDAP häufig zum Parteieintritt gezwungen habe: „I feel that many of these former ‚Nazis‘ are indispensable, because they cannot be replaced. You are denazifying too quickly and putting people into positions who can’t know their jobs.“³⁵ Die gleichen Punkte sprach Wurm am nächsten Tag nochmals an. Dabei setzte er sich unter anderem für den entlassenen Stuttgarter Bürgermeister Karl Strölin ein, der 1933 von den Nationalsozialisten eingesetzt worden war und das Deutsche Auslandsinstitut geleitet hatte³⁶. Unermüdlich trug Wurm sein politisches Credo vor, wonach Nutznießer der Not des Volkes und der Entnazifizierung nur unliebsame, radikale Elemente sein könnten; gemeint waren damit wohl die Kommunisten.

³³ Vgl. Boyens, Kirchenpolitik, S. 36 f.

³⁴ NA, RG 84, 737/1, Lapp, Report on Conference with Bishop Wurm’s Party vom 30. 6. 1945. Zur Vorbereitung der Konferenz vgl. Smith-von Osten, Treysa, S. 37 ff., Thierfelder, Wurm.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Anscheinend besaß der neue Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett nicht das Vertrauen Wurms; wobei möglicherweise konfessionelle Rivalitäten mitspielten, da Klett vom Rottenburger Bischof Sproll unterstützt wurde. Vgl. Sproll an OMGWB vom 25. 7. 1945, in: Akten deutscher Bischöfe, Bd. 6, S. 607 f.

Für Jacob D. Beam, einen engen Mitarbeiter Murphys, stand nach den Gesprächen fest: „There is no doubt that Bishop Wurm is nationalistic in his outlook and will try all along the line to get an amelioration of the restrictions and terms imposed upon his people.“³⁷ Zu einer differenzierteren Einschätzung war Murphy selbst nach getrennten Unterredungen mit Wurm und Niemöller gelangt. In einem Bericht an den amerikanischen Außenminister vom 25. Juni wies er vor allem auf das starke Selbstbewußtsein der Kirchenführer hin: „Both are, I believe, ardent German patriots who have violently disagreed with policies of the National Socialist Party in the past but who are also capable of similar violent disagreement with the Allied occupation authorities. [...] Niemoeller is far more aggressive than Bishop Wurm. Both, I believe, can be useful to our Military Government authorities, but there is doubt [...] that the relations with them in the future will be entirely smooth and easy.“³⁸ Diese Vorhersage sollte sich als zutreffend erweisen. Bereits während der ersten Begegnungen zeichnete sich der Konfliktpunkt Entnazifizierung ab, der das Verhältnis bald schwer belasten sollte.

Otto Dibelius, der neue Bischof von Berlin-Brandenburg, gab während einer Unterredung mit Knappen am 28. Juli, in deren Mittelpunkt ebenfalls die geplante Konferenz in Treysa stand, deutlich zu verstehen, daß er von einer synodalen Legitimierung der angestrebten Neuordnung nichts halte. In Übereinstimmung mit Niemöller und Wurm, aber in starkem Kontrast zu Meiser, betonte Dibelius allerdings seinen Willen zur Selbstreinigung der Kirche von nationalsozialistischen und deutschchristlichen Einflüssen. Mehr am Rande kamen das Flüchtlingselend, die Frage der Konfessionsschulen und die Druckerlaubnis für kirchlich-religiöse Schriften zur Sprache. Ein Punkt, der Knappen aufhorchen ließ, waren die politischen Ausführungen des Bruderratsmitglieds. Dibelius versicherte, daß der Kommunismus nach den Gewalttaten der russischen Truppen in Deutschland keine Chance mehr habe. Hier sah Dibelius wesentlich klarer als seine Kollegen aus den Westzonen, die vielfach den Untergang des „christlichen Abendlandes“ befürchteten. Andererseits betonte aber auch er: „Democracy will not take root in Germany because: 1. it is a foreign ideology. 2. because of Germany's experience with the weak Weimar Republic, democracy is associated in the German mind with unemployment and ineffective foreign policy.“ Damit brachte Dibelius vorsichtig, aber doch unüberhörbar die antidemokratischen Vorbehalte weiter Kreise, nicht zuletzt seine eigenen, zum Ausdruck. Dieselbe politische Beurteilung trug der Berliner Bischof wenig später Stewart Herman vor, der als Abgesandter des Ökumenischen Rates der Kirchen im Spätsommer 1945 mehrfach die US-Zone bereiste. In dieser Situation sah Dibelius, der 1926 die bekannte Programmschrift „Das Jahrhundert der Kirche“ verfaßt hatte, die große Chance der Kirche und ihres Rechristianisierungsprogramms: „Therefore in order to prevent the revival of Nazism, the Occupying Powers should assist the church which offers its supporters traditional ideology rooted in Germany which will fill the vacuum left by the collapse of the Hitler movement.“³⁹

³⁷ NA, RG 84, 737/1, Memorandum of a Conversation with Bishop Wurm of Wuertemberg vom 1. 7. 1945. Murphy war bei dieser Begegnung – entgegen Boyens, Kirchenpolitik, S. 36 – nicht anwesend.

³⁸ NA, RG 84, 737/4, Interviews with Pastor Niemöller and Bishop Wurm vom 25. 6. 1945.

³⁹ NA, RG 84, 737/1, Report on Conference with Dr. Dibelius vom 28. 7. 1945. Vgl. WCC, Germany 284(43), Bericht Hermans über Unterredung mit Dibelius vom 9. 8. 1945. Die zitierten Berichte amerikanischer Besatzungsoffiziere über erste Begegnungen mit evangelischen Kirchen-

Welchen Eindruck die ersten persönlichen Begegnungen mit Kirchenführern aus der Bekennenden Kirche bei den zuständigen amerikanischen Offizieren hinterließen, läßt sich dem rückblickenden Urteil Knappens aus dem Jahre 1946 über seine Unterredung mit Dibelius entnehmen: „Conversations such at this did little to weaken the feeling that the element in control of the reorganized German Evangelical Church, while demonstrably anti-Nazi, was nationalistic and Junker-monarchical rather than international and liberal-democratic in its political outlook.“⁴⁰ Besonders die sofort einsetzende Fürsprache für entlassene Nationalsozialisten mußte in der Militärregierung ernste Zweifel an der Demokratiebereitschaft der evangelischen, aber auch der katholischen Kirche hervorrufen. Der katholischen Kirche bescheinigte Knappen allerdings ein wesentlich diplomatischeres Auftreten. Hinzu kam, daß 1945/46 viele Besatzungsoffiziere noch an den Erfolg der Potsdamer Beschlüsse hinsichtlich der Viermächtekontrolle Deutschlands glaubten und die ständigen Warnungen der Kirchenführer vor dem Kommunismus als unzulässige Kritik am sowjetischen Kriegverbündeten empfanden.

Die Gesprächsniederschriften lassen die Vorbehalte prominenter evangelischer Kirchenführer gegenüber einer weltanschaulich pluralistischen und demokratisch verfaßten Gesellschaft deutlich erkennen. Der Begriff Demokratie wurde in den Unterredungen sorgfältig vermieden oder ausschließlich negativ gebraucht. Die Frage, welchen Beitrag die Kirche zur Bewältigung der Probleme der demokratischen Neuordnung leisten könne, hat sich den Kirchenführern kaum gestellt. Ihr Hauptinteresse galt der Durchsetzung unmittelbar kirchlicher Anliegen; wenn sie jedoch die Gelegenheit zu politischer Stellungnahme benutzten, dann um die Entnazifizierungspolitik zu kritisieren oder vor linken Kräften und Strömungen zu warnen. Konkrete Neuordnungskonzeptionen, die über den allgemeinen Wunsch, der Kirche wieder einen herausragenden gesellschaftlichen Einfluß zu sichern, hinausgingen, lassen sich hingegen nicht erkennen. Bereits 1941 hatte Dietrich Bonhoeffer, erschreckt über den Mangel an Zukunftsperspektiven für die Zeit nach Hitler, als Erklärung festgehalten: „Die absolute Ungesicherheit der menschlichen Existenz führt [...] bei den Christen fast überall zum völligen Verzicht auf jeden Gedanken an die Zukunft, was wiederum eine stark apokalyptische Haltung zur Folge hat. Unter dem Eindruck der Nähe des Jüngsten Tages geht der Blick für die geschichtliche Zukunft leicht verloren.“⁴¹

Aus oppositionellen kirchlich-protestantischen Kreisen liegt zur Frage der Zukunft nur die „Freiburger Denkschrift“ von 1943 vor. Sie war auf Anregung Bonhoeffers von einer Freiburger Professorengruppe unter Mitarbeit von Dibelius und dem Theologen Helmut Thielicke verfaßt worden. Zu den beteiligten Professoren gehörten der Historiker Gerhard Ritter und die Nationalökonominnen Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe; die Denkschrift spiegelte das hierarchisch-autoritär geprägte Staats- und Gesellschaftsbild der Verschwörer des 20. Juli 1944⁴². Doch 1945, nach der bedin-

fürern sind mittlerweile in der vom Verfasser bearbeiteten Edition: Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch, leicht zugänglich.

⁴⁰ Knappen, Peace, S. 101. Vgl. auch S. 145.

⁴¹ Zit. nach Bethge, Bonhoeffer, S. 871.

⁴² Helmut Thielicke (Hrsg.), In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“, Tübingen 1979. Vgl. Bethge, Bonhoeffer, S. 871 ff. Vgl. allg. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: Hermann Graml, Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse und Gestalten, Frankfurt 1984, S. 14–91.

gungslosen Kapitulation, waren die politischen Voraussetzungen für ein eigenständiges Handeln des nationalkonservativen Widerstandes nicht mehr gegeben. Die militärische Niederlage des NS-Regimes traf die Bekennende Kirche nahezu unvorbereitet. Sie wurde zudem mit sehr ambivalenten Gefühlen wahrgenommen, bedeutete sie doch einerseits das Ende der zunehmenden Verdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben, andererseits aber auch den völligen Zusammenbruch des deutschen Staates. Letzteres mußte den obrigkeitsstaatlich und national geprägten deutschen Protestantismus schwer erschüttern. Die bedingungslose Kapitulation und der damit verbundene Beginn der Besatzungsherrschaft konnten deshalb nicht rundum als Befreiung empfunden werden. Eher erblickte man darin, wie Meiser in einem Rundschreiben an die bayerische Pfarrerschaft vom 7. Mai 1945 formulierte, die Vollendung der „deutschen Tragödie“⁴³.

⁴³ LKAN, LKR 274. Vgl. Vollnhals, Landeskirche, S. 143 ff.

II. Neuordnung der evangelischen Kirche

Das Problem, das die evangelischen Kirchenführer unmittelbar bei Kriegsende am meisten beschäftigte, war die Frage nach der Neuordnung der Kirche, die im Grunde seit 1933/34 als ungelöst auf der Tagesordnung stand. Die Chancen, die der totale Zusammenbruch des deutschen Staates hierfür bot, benannte Wurm am 8. Juli 1945 in einem Brief an Marahrens: Die Kirche solle sich als „im rechtsfreien Raum stehend“ betrachten und die „zum ersten Mal seit 400 Jahren der evangelischen Kirche gegebene Möglichkeit, ohne Bindung durch staatliche Vorschriften und staatliche Mächte kirchliches Recht zu schaffen [. . .], gewissenhaft wahrnehmen“¹.

In der Tat waren die Voraussetzungen sehr günstig, da die politischen Richtlinien der Siegermächte allein den Kirchen die Freiheit einräumten, ihre internen Angelegenheiten selbständig zu regeln. Das grundlegende kirchenpolitische Dokument war die Direktive Nr. 12 der European Advisory Commission. Sie trat im November 1944 zugleich als amerikanische Direktive JCS 1143 in Kraft und wies die Militärgouverneure in Punkt 6 und 7 an: „The Control Council will leave to the German churchmen of the respective faiths the revision of the constitutions, rituals or internal relationship of purely ecclesiastical bodies. In your zone, you will permit and protect freedom of religious belief and worship.“² Am 18. Dezember 1945 erkannte der Alliierte Kontrollrat in Berlin als Inhaber der höchsten Gewalt die Wahl Wurms zum vorläufigen Vorsitzenden des Rates der neugegründeten Evangelischen Kirche in Deutschland an und billigte zugleich die Ende August auf der Konferenz von Treysa beschlossene Außerkraftsetzung der Kirchenverfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom Juli 1933³. Die Kontrollrats-Gesetze Nr. 49 und 62 sanktionierten mit der nachträglichen Aufhebung der nationalsozialistischen Kirchengesetzgebung die 1945 im „rechtsfreien Raum“ geschaffenen Verhältnisse.

Da unter dem Druck des NS-Regimes und des Krieges die innerkirchlichen Gegensätze nicht hatten beigelegt werden können, ist es nicht verwunderlich, daß sie bei Kriegsende in voller Schärfe wieder hervortraten. Hinzu kamen offene persönliche Rechnungen aus jenen zwölf Jahren.

1. Rückblick auf den Kirchenkampf

Der evangelische Kirchenkampf hatte im Sommer 1933 als innerkirchlicher Machtkampf, ausgelöst durch den Führungsanspruch der Deutschen Christen (DC), begonnen, die nach den staatlich oktroyierten Kirchenwahlen vom Juli 1933 in allen Synoden

¹ LKAS, OKR 115b, Wurm an Marahrens vom 8. 7. 1945.

² Der bei Boyens, Kirchenpolitik, S. 68 f., abgedruckte Richtlinienentwurf vom 24. 11. 1944 ist mit der gebilligten EAC-Direktive Nr. 12 und der amerikanischen JCS 1143 identisch. Vgl. auch Vollnhals, Alliierte Kirchenpolitik, sowie allg. Hans-Günter Kowalski, Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZ 19 (1971), S. 261–293.

³ NA, RG 260, 2/99–1/16, Allied Secretariat an Wurm vom 18. 12. 1945.

eine breite Mehrheit besaßen⁴. Die Deutschen Christen wollten die Kirche und ihre Verkündigung ganz in den Dienst des „nationalen und völkischen Aufbruchs“ stellen und zugleich den Nationalsozialismus christlich missionieren. Dabei konnten sie sich auf die politische Theologie angesehenen Theologen wie Paul Althaus, Friedrich Gogarten oder Emanuel Hirsch berufen, die die gesellschaftliche und politische Verantwortung der Kirche schon seit Jahren im völkisch-nationalistischen Sinne interpretiert hatten⁵. Die Auseinandersetzungen um die Schaffung einer einheitlichen Reichskirche, der Konflikt um Reichsbischof Ludwig Müller, den Vertrauensmann Hitlers und Schirmherrn der Deutschen Christen, und die rabiate Gleichschaltung der Landeskirchen mit der Reichskirche führten Ende 1933 zur Formierung einer innerkirchlichen Opposition, die sich selbst als Bekennende Kirche (BK) bezeichnete. Sie entstand zuerst in den deutschchristlich dominierten Landeskirchen und organisierte sich in den Bruderräten; später schlossen sich ihr die drei „intakten“ lutherischen Landeskirchen von Bayern, Württemberg und Hannover an, die sich mit Erfolg der Gleichschaltung hatten entziehen können.

Die Bekennende Kirche unterschied sich nicht in der Bejahung des Nationalsozialismus als neuer staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung. Was sie von den Deutschen Christen trennte, war ein fundamental anderes Verständnis vom Wesen der Kirche und ihrer Verkündigung. Das Selbstverständnis der Bekennenden Kirche als einer ausschließlich an Schrift und Bekenntnis gebundenen Gruppierung dokumentierte sich in der berühmten Barmer Theologischen Erklärung vom Mai 1934⁶. Sie verfocht die Autonomie der Kirche gegenüber dem Staat und verwarf den Totalitätsanspruch der NS-Ideologie, soweit er sich auch auf den kirchlich-religiösen Bereich erstreckte. Die Bekennende Kirche hat sich im Dritten Reich stets leidenschaftlich – und nicht nur aus taktischen Opportunitätsgründen – gegen den Vorwurf der politischen und nationalen Unzuverlässigkeit gewehrt. Karl Barth, der führende Theologe der Bekennenden Kirche, wurde zugleich ihr schärfster Kritiker. Als Schweizer Demokrat warf er ihr 1935 vor: „Die Bekennende Kirche hat für Millionen von Unrecht Leidenden noch kein Herz. Sie hat zu den einfachsten Fragen der öffentlichen Redlichkeit noch kein Wort gefunden. Sie redet – wenn sie redet – noch immer nur in eigener Sache. Sie hält noch immer die Fiktion aufrecht, als ob sie es im heutigen Staat mit einem Rechtsstaat im Sinne von Römer 13 zu tun habe.“⁷ Dieser Vorwurf war berechtigt, denn auch die Bekennende Kirche übergang die Inhaftierung und Mißhandlung politischer NS-Gegner seit Frühjahr 1933 mit Schweigen. Auch die staatlich legitimierten Morde des sogenannten Röhm-Putsches 1934, die Nürnberger Rassegesetze 1935 und die Judenpogrome der sogenannten Reichskristallnacht 1938 riefen keinen Protest der gesamten Bekennenden Kirche hervor.

Dennoch setzte sich vor allem in bruderrätlichen Kreisen zunehmend die Erkenntnis des christentumsfeindlichen Charakters des NS-Regimes durch. Hier sind an erster Stelle die Denkschrift der (bruderrätlichen) 2. Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche an Hitler vom Mai 1936 und die Gebetsliturgie zur Erhaltung des Friedens, die der Brudertrat der Altpreußischen Union anlässlich der Sudetenkrise im Herbst 1938 verfaßt hatte, zu

⁴ Grundlegend mit weiterführenden Literaturverweisen sind die Gesamtdarstellungen von Meier, Kirchenkampf, und Scholder, Kirchen.

⁵ Vgl. Ericksen, Theologen; Tilgner, Volksnomostheologie.

⁶ Vgl. Nicolaisen, Weg nach Barmen.

⁷ Barth an H. Hesse vom 30. 6. 1935. Zit. nach Prolingheuer, Fall Barth, S. 349.

nennen⁸; sie markieren aber zugleich die äußersten Grenzen der Opposition. Beide Stellungnahmen wurden von „intakten“ Landeskirchen nicht mitgetragen, von der Gebetsliturgie distanzierten sie sich gar aus „religiösen und vaterländischen Gründen“. Im Sommer 1938 legten auch die meisten Bekenntnis-Pfarrer den Treueeid auf den „Führer“ ab, um in einem Akt vorseilenden Gehorsams ihre politische Loyalität unter Beweis zu stellen. Dem Rad der Geschichte durch aktiven Widerstand in die Speichen zu fallen, überschritt den Vorstellungshorizont auch engagierter Bruderräte bei weitem; Bonhoeffer blieb ein einsamer Außenseiter.

Die „intakten“ Landeskirchen gründeten 1936 den Rat der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (Lutherrat), dem sich auch die Bruderräte von Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, Lübeck und Schleswig-Holstein anschlossen. Auf der anderen Seite gruppierten sich um die 2. Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche diejenigen Bruderräte, die an den Beschlüssen der Dahlemer Bekenntnissynode von 1934 festhielten und weiterhin den Anspruch erhoben, einzige legitime Kirchenleitung zu sein. Während die „Dahlemer“, mit festem Rückhalt in den Landesbruderräten der Kirchenprovinzen der Altpreußischen Union sowie in Oldenburg und Hessen-Nassau, jegliche Zusammenarbeit mit deutschchristlichen oder staatlich eingesetzten Kirchenleitungen verweigerten, waren die „intakten“ Landeskirchen zur Kooperation bereit und tolerierten auch deutschchristliche Minderheiten innerhalb ihrer Pfarrerschaft. Die Erhaltung der Kirche als staatlich anerkannte Volkskirche – nicht als einer an den Rande der Legalität gedrängten Gemeinde- oder gar Freikirche – bestimmte das Handeln der „intakten“ Kirchen und verband sie mit den volkskirchlichen Konsolidierungsbemühungen der kirchlichen Mitte. Zugleich bot die Existenz der „intakten“ Landeskirchen aber auch einen gewissen Schutz für die radikaleren Bruderräte vor staatlichen Repressionen.

Als die Nationalsozialisten den Zweiten Weltkrieg entfesselten, wogen die national und obrigkeitsstaatlich geprägten Traditionen des deutschen Protestantismus die vorhandenen Bedenken gegen die NS-Kirchenpolitik auf. In der vermeintlichen Stunde der Not des Vaterlandes wurde der Polenfeldzug ebenso begrüßt wie der Krieg gegen Rußland, den „Todfeind aller Ordnungen und aller abendländisch christlichen Kultur“. Die Erklärung des Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche, dem immerhin auch der hannoversche Landesbischof Marahrens, der Vorsitzende der 1. Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche (1934–1936), angehörte, gab der Hoffnung Ausdruck, daß „in ganz Europa unter Ihrer [Hitlers] Führung eine neue Ordnung erstehet und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde“⁹. Noch 1943 wurde auch in den „intakten“ Kirchen zum „Führergeburtstag“ von den Kanzeln dafür gebetet, daß der „Hl. Geist [...] sein Werk mit Segen kröne“. Und im gleichen Jahr konnte es Marahrens mit seinem Glauben vereinbaren, die totale Kriegsführung zu billigen: „Wir stehen in einem

⁸ Zur Denkschrift vgl. Greschat, Widerspruch. Text der Gebetsliturgie, in: KJ 1933–1944, S. 263 ff. Vgl. Bethge, Bonhoeffer, S. 683 ff.

⁹ Telegramm an den „Führer“ vom 30. 6. 1941, in: KJ 1933–1944, S. 478. Weitere Erklärungen ähnlicher Art bei Nikolaus von Preradovich/Josef Stingl, „Gott segne den Führer!“ Die Kirchen im Dritten Reich – eine Dokumentation von Bekenntnissen und Selbstzeugnissen, Leoni 1985. Die Dokumentation aus dem einschlägig bekannten Druffel-Verlag ist lediglich in ihrem Quellenteil brauchbar, ansonsten dient sie apologetischen Intentionen.

unseren ganzen Einsatz fordernden Krieg, und dieser Krieg muß in unbedingter Hingabe frei von Sentimentalität geführt werden.“¹⁰ Diese Äußerungen beleuchten die Problematik des vorherrschenden Verständnisses der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre wie den nationalistischen und antikommunistischen Grundkonsens der evangelischen Pfarrerschaft, der auch weite Teile der Bruderräte erfaßte. Erst gegen Kriegsende traten politische Rücksichtnahmen und Loyalitätsbindungen in nennenswerter Weise zurück, ohne daß jedoch dieser Grundkonsens demonstrativ aufgekündigt worden wäre.

Als Wurm ab 1941 mehrfach gegen die Judenvernichtung protestierte, sprach er für viele Pfarrer und Laien, aber nicht für die gesamte evangelische Kirche. Ein erschreckendes Beispiel für die unbewältigte Hypothek des christlichen Antijudaismus und Antisemitismus gaben sieben deutschchristlich dominierte Landeskirchen, als sie im Dezember 1941 die Einführung des „Judensterns“ unter Berufung auf Luther als „die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde“ begrüßten: „Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht oder verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassistischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert.“¹¹ Die Preisgabe des Sakraments der Taufe zeigt, wie tief bei den Deutschen Christen völkisch-rassistisches Gedankengut in Kernbereiche der christlichen Verkündigung eingedrungen war.

Entgegen älteren Darstellungen, die das oppositionelle Moment des Kirchenkampfes verabsolutieren, wird man insgesamt an dem Urteil nicht vorbeikommen, daß die evangelische Kirche, zu der eben auch die deutsch-christlich dominierten Landeskirchen gehörten, in prinzipieller politischer Loyalität zum NS-Regime standen. Der Kirchenkampf ist nicht die Geschichte heroischen Widerstandes der Kirche um des christlichen Bekenntnisses willen, der vereinzelt von Pfarrern und Laien geleistet wurde, sondern die Geschichte eines zähen Ringens um die Behauptung ihrer Autonomie und ihrer traditionellen Stellung in Staat und Gesellschaft. Unter den Bedingungen des totalitären Herrschaftsanspruchs der NS-Diktatur mußte jedoch auch dem rein innerkirchlichen Widerstand, entgegen den Intentionen seiner Urheber, eine politische Qualität zuwachsen. Die bedeutendsten Auswirkungen der innerkirchlichen Opposition lagen im Bereich der weltanschaulichen Dissidenz, in der Betonung von Sittlichkeit und Moral als handlungsleitendem Maßstab christlicher Lebensführung. In dieser Resistenz, die an sich nichts mit politischer Opposition oder gar Widerstand zu tun hatte, lag zugleich der tiefere Grund der kirchenfeindlichen Politik des NS-Regimes, die bei allem taktischen Arrangement letztendlich auf die Vernichtung der Kirchen als autonomen gesellschaftlichen Großverbänden abzielte. Insofern war der Kirchenkampf, wie Ernst Wolf im Blick auf die Bekennende Kirche zutreffend urteilt, „Widerstandsbewegung wider Willen, ohne politisches

¹⁰ Amtsblatt für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern rechts des Rheins, Nr. 8 vom 15. 4. 1943; Wochenbrief Marahrens vom 20. 7. 1943, in: Schäfer, Wurm, S. 325. Vgl. allg. Klügel, Landeskirche Hannovers.

¹¹ Erklärung der Landeskirchen von Sachsen, Nassau-Hessen, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Anhalt, Thüringen und Lübeck vom 17. 12. 1941, in: KJ 1933–1944, S. 460. Vgl. allg. Altmann, Judenfrage; Arndt, Judenfrage; Brosseder, Luthers Stellung; Busch, Juden; Meier, Kirche und Juden; Richard Gutteridge, *The German Evangelical Church and the Jews, 1879–1958*, London 1976.

Programm (wenn auch nicht ohne kirchenpolitisches Programm), aber mit unzweifelbar geschichtlich-politischer Wirkung“¹².

Daß sich die evangelische Kirche von radikalen Deutschen Christen trennen müsse, soweit diese 1945 noch Führungspositionen besetzten (was etwa in Bremen, Thüringen, Mecklenburg und Sachsen zutraf), war selbstverständlich. Entscheidend für den Ausgang der Machtkämpfe nach 1945 um die Führung der evangelischen Kirche war, daß die Bruderräte zwar durch ihre Haltung im Kirchenkampf eine besonders legitimierte, aber auch entscheidend geschwächte Gruppierung darstellten. Die Auswirkungen der Spaltung der Bekennenden Kirche lassen sich an der Mitgliederentwicklung des 1933 von Niemöller gegründeten Pfarrernotbundes ablesen: Schon Mitte 1934 war der Mitgliederstand nach dem korporativen Austritt von 1200 bayerischen Pfarrern sowie durch Abmeldungen hannoverscher und württembergischer Pfarrer von 7036 auf 5226 gesunken. 1938 gehörten ihm noch 3933 aktive Geistliche an, also nur noch 20,9 Prozent der aktiven Pfarrerschaft. Ein ähnlicher Rückgang läßt sich auch bei den Bruderräten feststellen¹³. Weit über die Hälfte aller Pfarrer gehörten weder den Deutschen Christen noch der Bekennenden Kirche an, sondern zählten sich zur kirchlichen Mitte, zu den „Neutralen“, die fast überall das volkskirchliche Potential stellten. Eine Ausnahme bildeten das Rheinland und Westfalen, wo die Bruderräte bis zuletzt die Mehrheit besaßen.

Der Zweite Weltkrieg schwächte mit der Einberufung zahlreicher Pfarrer die Reihen der Bruderräte vollends, so daß sie zu keinen größeren Aktionen mehr fähig waren. Im Herbst 1941 gab Bonhoeffer die Zahl der illegalen BK-Theologen der Altpreußischen Union mit über 2000 an, von denen mehr als 1500 zur Wehrmacht eingezogen waren. In Nassau-Hessen waren es 1940 107 von insgesamt 153 Jungtheologen¹⁴. Je länger der Krieg dauerte, desto mehr verstärkten sich auch die Konflikte und Spaltungstendenzen innerhalb der bruderrätlich orientierten Minderheit. Gehörten etwa in Sachsen vor Kriegsbeginn noch rund acht Prozent aller eingeschriebenen Notbundpfarrer zu den „Dahlemern“, so waren es 1940 gerade noch drei Theologen und eine Gemeinde¹⁵. Auch in Württemberg kämpfte die Kirchlich-theologische Sozietät unter der Leitung Hermann Diems auf verlorenem Posten, während der Landesbruderrat 1943 realistisch konstatierte: „Die Restbestände kirchlichen Notrechts, die jetzt in der Bekennenden Kirche noch vorhanden sind, können unter den heutigen Umständen nicht die festen Zentren kirchlicher Ordnung sein, um die sich die neue Sammlung vollziehen kann.“¹⁶ Die Initiative besaßen nicht mehr die Bruderräte, sondern die volkskirchlich orientierte Mitte in den Landeskirchen. Auf übergeordneter Ebene besaß das von Wurm initiierte „Einigungswerk“

¹² Wolf, *Kirche im Widerstand?*, S. 8. Vgl. Besier, *Ansätze*; Bethge, *Umstrittenes Erbe*; Boyens, *Widerstand*; van Norden, *Widerstand*; Nowak, *Kirche und Widerstand*; Meier, *Kirchenkampf*, Bd. 3, S. 587–616.

¹³ Niemöller, *Pfarrernotbund*, S. 131 f. Vgl. *Statistik über kirchenpolitische Zugehörigkeit der Pfarrer der Altpreußischen Union von Anfang 1939*, in: Meier, *Kirchenkampf*, Bd. 3, S. 158 f.

¹⁴ Karl Herbert, *Der Kirchenkampf. Historie oder bleibendes Erbe?*, Frankfurt a. Main 1985, S. 222 f.

¹⁵ Vgl. Walter Feurich, *Die Verwirklichung des Dahlemer Notkirchenrechts durch die Bekennende evangelisch-lutherische Kirche Sachsens*, in: *Gottes Wort ist nicht gebunden. Wilhelm Niemöller zu seinem 80. Geburtstag*, Beiheft zu *Junge Kirche*, 1978, Nr. 4, S. 14–18.

¹⁶ Landesbruderrat an die Konferenz der Landesbruderräte vom 11. 2. 1943. Zit. nach Thierfelder, *Einigungswerk*, S. 165.

die aussichtsreichsten Chancen zur Neuformierung der evangelischen Kirche, obgleich es dazu während der NS-Diktatur nicht mehr kommen sollte.

2. Der Weg nach Treysa

Charakteristisch für den sofort einsetzenden Machtkampf, dem unterschiedliche Neuordnungskonzeptionen zugrundelagen, sind zwei Eingaben an den Alliierten Kontrollrat aus bruderrätlichen Kreisen. Am 9. Juni 1945 wandte sich Hans Asmussen an den Kontrollrat mit der Bitte, die Bekennende Kirche bei der Reorganisation der evangelischen Kirche aktiv zu unterstützen. Zuerst müsse der Kontakt zwischen den führenden Leuten wiederhergestellt werden. Namentlich nannte Asmussen in dieser Reihenfolge: Wurm, Niemöller, Asmussen, Kloppenburg, Fricke, Meiser, Held, Lücking, Lilje, Dibelius, Böhm und Kurt Scharf – also überwiegend die Führer der Bruderräte. Interessant ist, daß Asmussen, der als „Dahlemer“ stets die Autonomie der Kirche verteidigt hatte, den Kontrollrat nun zum Eingriff aufforderte: „The Confessional Church means, that the following administrations of churches must be unchanced: Württemberg, Bavaria, Lippe-Detmold. The following administrations must be dissolved: Hessen-Nassau, Pfalz, Rheinland, Westfalen, Thüringen, Bremen, Oldenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck, Braunschweig, Berlin, Kirchliches Außenamt Berlin.“ Unklar sei die Entscheidung bei den Landeskirchen von Hessen-Kassel (Kurhessen-Waldeck), Hamburg und Baden sowie der reformierten und der lutherischen Landeskirche von Hannover. Anschließend fragte Asmussen, der zu dieser Eingabe weder von Wurm, wie er zwischen den Zeilen andeutete, noch von einem Gremium der Bruderräte autorisiert war, unmißverständlich: „Will the Control Commission formally declare, that these administrations are dissolved?“¹⁷

Am 20. Juli meldete sich auch Niemöller mit einer Eingabe an den Kontrollrat und an die vier Besatzungsmächte zu Wort. Hier erschienen, noch stärker als bei Asmussen, die kirchlichen Mittelgruppen als die eigentlichen Gegner der Bruderräte. Zu den „Neutralen“ zählte Niemöller auch die „intakten“ Landeskirchen: „They either open supported the Nazi regime (as in Hannover), or agreed more or less to its measures (as in Bavaria) or adopted a more negative attitude after agreeing at the beginning (as in Württemberg).“ Die „Neutralen“, die nach dem Scheitern der Deutschen Christen nunmehr fast überall die führenden Positionen besetzten, stellten das größte Hindernis für einen echten Neuanfang dar: „Nothing can be achieved by Neutrals, in the church less than elsewhere. They will evade all real decisions and will hinder all real activity in the church. [...] One can work with honourable opponents who change their opinions, but never with people who seek for security at all costs. [...] They never said anything against Nazism and therefore they are not believed if they speak today!“¹⁸ Die proklamierte Politik der Nichteinmischung seitens der Militärregierung bewirke nur, so das Fazit Niemöllers, daß die Deutschen Christen durch „still more dangerous neutrals“ ersetzt würden; wirkliche

¹⁷ NA, RG 260, 5/341–2/41, Asmussen an Alliierte Kontrollkommission, Abt. Churches vom 9. 6. 1945. Zur Person vgl. Enno Konukiewitz, Hans Asmussen. Ein Lutheraner im Kirchenkampf, Diss. Kiel 1982.

¹⁸ NA, RG 260, 5/339–3/36, The Position and Prospects of the Evangelical Church vom 20. 7. 1945.

Erneuerung könne aber nur von den Bruderräten ausgehen. Ähnlich wie Niemöller, befürchteten auch Scharf, der letzte Präses der brandenburgischen BK-Synode, und Diem, während sie untätig in amerikanischer Kriegsgefangenschaft saßen, daß sie „für die Neuordnung der Kirche zu spät kommen würden“¹⁹.

In der Tat verfügten die Gegenspieler der Bruderräte über die besseren organisatorischen und personellen Voraussetzungen. Bereits am 27. April hatte sich Heinz Brunotte als kommissarischer Leiter der alten Kirchenkanzlei der DEK an die amerikanische Militärregierung gewandt und als Verhandlungspartner für gesamtkirchliche Belange empfohlen. Brunotte verfügte, wie er angab, über „erhebliche Geldmittel“ und nahm sofort Kontakt zu Marahrens auf: „Meines Erachtens müßte ein Umbau der kirchlichen Organisation möglichst organisch und schonam vorgenommen werden. In den Landeskirchen sollten einzelne Erschütterungen zunächst vermieden werden.“²⁰ Marahrens selbst wollte zuerst den „Geistlichen Vertrauensrat“, der aus einer NS-Gleichschaltungsverordnung hervorgegangen und wegen seiner politischen Treueerklärungen vollständig diskreditiert war, als neue Leitung der evangelischen Kirche reaktivieren. Danach brachte er als dienstältester Landesbischof die Institution der Kirchenführerkonferenz ins Spiel, die auf der Kirchenverfassung von 1933 beruhte und deren Vorsitz er innehatte²¹. Beide Vorschläge zeigen, wie sehr Marahrens die Zeichen der Zeit verkannte.

Ein anderes Konzept verfolgte mit größter Beharrlichkeit Meiser. Er strebte den Zusammenschluß aller lutherischen Landeskirchen zu einer einheitlichen, straff gegliederten Gesamtkirche an, der auch die lutherischen Gemeinden aus den unierten Kirchengemeinden angehören sollten. Dieses Vorhaben, als dessen Vorstufe der 1936 gegründete Lutherrat gelten kann, war gut vorbereitet und besaß große Erfolgsaussichten, da sich 1945 die Kirche der Altpreußischen Union in Auflösung befand und ihre ehemaligen Kirchenprovinzen nach der Zerschlagung Preußens zu selbständigen Landeskirchen wurden. Die formelle Ausrufung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) sollte noch vor der Kirchenführerkonferenz in Treysa erfolgen, um vollendete Tatsachen zu schaffen, scheiterte aber am Widerstand Wurms, der sich vehement für die Einheit der evangelischen Kirche einsetzte²².

Wurm verfocht ein Integrationskonzept, das auf den Prinzipien des „Kirchlichen Einigungswerkes“ basierte und im Sommer 1945 erst gegen beachtliche Widerstände aus der konservativ-lutherischen Flügelgruppe um Marahrens und Meiser einerseits und den an den Beschlüssen der Dahlemer Bekenntnissynode orientierten Bruderräte um Niemöller andererseits durchgesetzt werden mußte. Wie Marahrens und Meiser, vertrat auch Wurm die Neuordnung „von oben“ auf Grundlage der bestehenden Kirchenleitungen; sie sollte jedoch beide Flügel der Bekennenden Kirche und die kirchliche Mitte umfassen. Wurm wurde vom Ökumenischen Rat der Kirchen nachdrücklich unterstützt, wie ein Memorandum Hermans an die amerikanische Militärregierung vom 13. August 1945 bestätigt. Als Resümee einer Informationsreise durch die westlichen Besatzungszonen empfahl er: „We believe, further, that the spirit of the Confessing Church (Bekennende

¹⁹ Diem, Ja oder Nein, S. 148.

²⁰ EZA, EKD 1/48. Brunotte an Militärregierung vom 27. 4. 1945; Brunotte an Marahrens vom 23. 5. 1945.

²¹ Vgl. Boyens, Treysa, S. 32 f.; Besier, Weg.

²² Vgl. Smith-von Osten, Treysa, S. 92 ff.

Kirche) should prevail throughout German protestantism but we are eager to preserve, following the purging of ‚German Christian‘ (Deutsche Christen) elements, a united Evangelical front to include the so-called ‚neutral‘ leaders. I have already discovered that very little outside pressure, if any, is needed to encourage the anti-Nazi churchmen to clean house. The process is virtually completed.“²³ Das Interesse der Ökumene an der Einheit des deutschen Protestantismus traf sich mit Überlegungen der amerikanischen und britischen Militärregierung, die ebenfalls Wurm favorisierten.

Scheiterten die lutherischen Sonderbestrebungen am Widerstand Wurms, so fand auf der anderen Seite des kirchenpolitischen Spektrums Niemöller nicht die gewünschte Rückendeckung durch den Reichsbruderrat. Auf dem ersten Nachkriegstreffen des Bruderrats, das unmittelbar vor Beginn der Konferenz von Treysa in Frankfurt stattfand, stellte Niemöller nochmals die Alternative zur Debatte: „Brauchen wir heute eine Bekennende Kirche oder brauchen wir heute eine befriedete Kirche? – Ich kann den Weg seit 1943 nur als Irrweg anschauen.“²⁴ Die Gegenposition bezog Dibelius, als er für „Versöhnlichkeit gegenüber den anderen, die aus Mangel an Opferbereitschaft in die konsistoriale Linie eingelenkt waren“, plädierte. „Die Bekennende Kirche“, so seine realistische Einschätzung, „ist dem elfjährigen Zermürbungskrieg weithin erlegen, äußerlich und innerlich. [...] Die alleinige Verantwortung zu tragen, dazu ist der Kreis zu klein und hat viel zu wenig Persönlichkeiten mit geistlicher Führungsqualität.“²⁵ Der Bruderrat folgte Dibelius und entschied sich für die befriedete Kirche, für die Zusammenarbeit mit den ungeliebten „Neutralen“. Zuvor hatten sich bereits die Landesbruderräte in allen „zerstörten“ Kirchen mit der kirchlichen Mitte auf die gemeinsame Neubildung der Kirchenleitungen verständigt²⁶ und somit den Anspruch, einzig rechtmäßige Kirche zu sein, praktisch aufgegeben.

Letztendlich konnten sich weder die Bruderräte noch ihre Gegenspieler vom Lutherrat dem einigenden Zwang der Verhältnisse entziehen. Die Bildung eines allgemein anerkannten Leitungsgremiums der evangelischen Kirche war unerlässlich, wenn die Belange der Kirche wirkungsvoll gegenüber der Ökumene, die seit 1942 ein umfangreiches Programm der Not- und Wiederaufbauhilfe entwickelt hatte²⁷, und gegenüber den Besatzungsmächten vertreten werden sollte. Das Einlenken beider Flügelgruppen ermöglichte die Konferenz von Treysa, die von tagelangen, erbitterten Machtkämpfen bestimmt war²⁸. Bezeichnend für die Mentalität und das politische Bewußtsein der anwesenden Kirchenführer war die Reaktion auf das Erscheinen Barths als Mitglied der zehnköpfigen Bruderratsdelegation, was konservative Lutheraner als arge Zumutung empfanden. „Es war“, wie Wurm berichtet, „sogar von Abreisen die Rede.“²⁹ Es war nicht vergessen, daß Barth die Beschränkung der Bekennenden Kirche auf die Verteidigung der kirchli-

²³ NA, RG 737/1, Memorandum Hermans, The World Council of Churches.

²⁴ Referat Niemöllers am 21. 8. 1945. Im Original steht die Jahreszahl 1943 – nicht 1934, wie Smith-von Osten, Treysa, S. 54, angibt.

²⁵ Dibelius an Niemöller vom 17. 7. 1945. Zit. nach Smith-von Osten, Treysa, S. 52 f.

²⁶ Zur Neuordnung in den Landeskirchen vgl. Meier, Kirchenkampf, Bd. 3, S. 181–564.

²⁷ Vgl. Wischnath, Kirche in Aktion, S. 1 ff.

²⁸ Grundlegend Smith-von Osten, Treysa, S. 102 ff. Vgl. Besier, Weg; Boyens, Treysa; Hauschild, Kirchenversammlung; Thierfelder, Wurm. Weiterhin liegt eine halbamtliche, aber unvollständige Dokumentation vor: Söhlmann, Treysa 1945.

²⁹ Wurm, Erinnerungen, S. 180.

chen Autonomie und den Verzicht auf das entschiedene Eintreten für die allgemeinen Menschenrechte auf das Schärfste kritisiert hatte. Zudem empfanden viele Anwesende seine 1938 an die Tschechen gerichtete Aufforderung zum militärischen Widerstand gegen Hitler-Deutschland noch im nachhinein als Landesverrat: „Viele Leute – wenigstens außerhalb der Bekennenden Kirche“, womit Bischof Stählin aus Oldenburg die Bruderräte meinte, „hielten es für unangebracht, daß Karl Barth, der in den entscheidenden Jahren an der äußeren und inneren Not unseres Volkes keinen persönlichen Anteil gehabt hat, nun als erbetener und unerbetener Lehrmeister auftreten sollte.“³⁰

Nahmen die Lutheraner an der Anwesenheit Barths, der 1935 Deutschland verlassen hatte, Anstoß, so forderte Niemöller in einer beeindruckenden Grundsatzrede die rigorose Selbstreinigung der Kirche: „Wenn heute jeder kleine Pg. Amt und Brot verliert, dann ist es unmöglich, daß Männer in der Kirchenleitung gehalten werden, die sich in Hirtenbriefen oder in gedruckten Äußerungen oder sonst irgendwie so über den Nationalsozialismus ausgesprochen haben, daß der kleine Mann dadurch das gute christliche Gewissen bekam, sich der Partei anzuschließen. Von den Männern, die selbst Pg. waren, oder denen, die dazugehörten, brauche ich nichts zu sagen. Wenn wir sie halten wollten, würden wir ja damit die Kirche in unserem Volk von vornherein wieder unglaublich machen, und zwar durch unsere Schuld!“³¹

Diese Erklärung richtete sich insbesondere gegen Marahrens, der 1939 als Mitunterzeichner der sogenannten „Godesberger Variata“ die NS-Weltanschauung als für den „christlichen Deutschen verbindlich“ erklärt hatte. Seine Ablösung als Bischof der größten Landeskirche galt daher nicht nur in der Ökumene als Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des vielbeschworenen Neuanfangs; auch Wurm versuchte mehrfach, Marahrens zum Rücktritt zu bewegen³². Barth und Marahrens symbolisierten die Spannweite der Bekennenden Kirche. Charakteristisch für das politische Bewußtsein und die realen Machtverhältnisse war allerdings, daß Marahrens, getragen von der hannoverschen Pfarrerschaft und Landessynode, unbeirrt bis 1947 weiteramtierte.

In seiner Rede forderte Niemöller weiterhin ein klares Schuldbekenntnis der Kirche: „Unsere heutige Situation ist aber auch nicht in erster Linie die Schuld unseres Volkes und der Nazis [...]. Nein, die eigentliche Schuld liegt auf der Kirche, denn sie allein wußte, daß der eingeschlagene Weg ins Verderben führte, und sie hat unser Volk nicht gewarnt, sie hat das geschehene Unrecht nicht aufgedeckt oder erst, wenn es zu spät war.“ Davon nahm Niemöller die Bekennende Kirche nicht aus, denn auch sie habe sich „vor den Menschen mehr gefürchtet als vor dem lebendigen Gott“³³. Diese Selbstkritik stand in scharfem Gegensatz zu einer Erklärung, die der Lutherrat kurz vor Konferenzbeginn abgegeben hatte. Hier hieß es, die lutherischen Kirchen hätten „den Irrlehren der Zeit, besonders der Deutschen Christen, widerstanden“³⁴. Mit besonderem Interesse vernah-

³⁰ Stählin, *Via vitae*, S. 502. Wörtlich hatte Barth am 19. 9. 1938 an Joseph Hromádka geschrieben, „daß jetzt jeder tschechische Soldat nicht nur für die Freiheit Europas, sondern auch für die christliche Kirche stehen und fallen wird“. Zit. nach Busch, *Barths Lebenslauf*, S. 302.

³¹ Zit. nach KJ 1945–1948, S. 13.

³² Dazu ausführlich Besier, *Selbstreinigung*, S. 111 ff.

³³ Zit. nach KJ 1945–1948, S. 11 f.

³⁴ Erklärung des Rates der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 27. 8. 1945. Ebenda, S. 7 f.

men ausländische Konferenzbeobachter Niemöllers Kritik an einem „falsch verstandenen Luthertum“: Die Kirche habe nicht nur die Christen zum Gehorsam gegenüber dem Staat zu erziehen, sondern auch die Verpflichtung, den „Anspruch auf Recht und Freiheit“ einzulösen. Deshalb könne ihr die Staatsform, wie Niemöller in Anlehnung an Barth ausführte, nicht gleichgültig sein. „Die Demokratie [...] hat nun einmal mehr mit dem Christentum zu tun als irgendeine autoritäre Staatsführung, die das Recht und die Freiheit für den einzelnen verneint.“³⁵ Es war gerade diese Passage, die Herman in seinem Bericht an Murphy hervorhob; in Anspielung auf das berüchtigte Interview Niemöllers in Neapel fügte er hinzu: „I think that Niemoellers brief remarks on democracy represent his true point of view regarding political government.“³⁶ Noch 1946 stellte allerdings Barth mit Erschrecken fest, daß „man auch heute noch unter den besten BK-Theologen die meisten schon vor dem Wort ‚Demokratie‘ scheuen sieht wie die Kuh vor dem Scheunentor“³⁷.

Das Referat Niemöllers, das trotz manch anfechtbarer Formulierungen an Klarheit und Einsicht seinesgleichen suchte, wurde in Treysa nicht eingehend diskutiert, sondern durch die im Vordergrund stehenden personellen und konfessionellen Konflikte verdrängt. Nicht wenige empfanden wie Bischof Schöffel aus Hamburg das Vorgehen der Bruderräte als „Terror“ und sprachen von einer „Diktatur Niemöller“³⁸. Insgesamt stellten die harten Auseinandersetzungen die Bemühungen Wurms und Bodelschwings, einen für beide Seiten tragbaren Kompromiß zu finden, auf eine harte Probe. Dennoch äußerte selbst Barth, der die „fatalen Verhandlungen“ mit großem Mißtrauen verfolgte, seinen Respekt vor Wurm, den er im „ehrlichen Ringen mit seinen eigenen Leuten von der landeskirchlich-bischöflich-lutherisch-deutschnationalen Richtung“ sah³⁹.

Das wichtigste Ergebnis des schließlich doch noch gefundenen Kompromisses war die Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie unterschied sich zu allererst durch die Namensgebung von der nun für aufgelöst erklärten Deutschen Evangelischen Kirche. „Es sollte klar sein“, so Dibelius, „daß das, was an dieser Kirche deutsch ist, nicht ihr Wesen ausmacht“⁴⁰. Dem Rat der EKD gehörten unter dem Vorsitz Wurms ausschließlich Vertreter aus beiden Flügeln der Bekennenden Kirche an. Entsprechend dem konfessionellen Proporzsystem bestand er aus sechs Lutheranern (Theophil Wurm, Hans Meiser, Hanns Lilje, Hugo Hahn, Hans Asmussen und Oberstudienleiter Peter Meyer, wenig später ersetzt durch den Celler Landeshauptmann Eberhard Hagemann), vier Unierten (Otto Dibelius, Heinrich Held, Martin Niemöller und Rechtsanwalt Gustav Heinemann) sowie aus zwei Reformierten (Wilhelm Niesel und Staatsrechtler Rudolf Smend). Niemöller übernahm den stellvertretenden Ratsvorsitz und die Leitung des Kirchlichen Außenamtes. Das dahinterstehende Kalkül benannte Dibelius in seinen Memoiren: „Niemand anders als er konnte unsere Kirche in einem Ausland repräsentieren,

³⁵ Ebenda, S. 14 f. Vgl. Barth, Christengemeinde.

³⁶ NA, RG 84, 737/3, Herman, Treysa, o. D. Vgl. Tagungsbericht von Colonel Sedgwick, dem Leiter der britischen Religious Affairs Section, in: Jürgensen, Stunde, S. 277 ff. Weitere Berichte in: Vollnhals, Die evangelische Kirche nach dem Zusammenbruch.

³⁷ Brief an einen Politiker, in: Barth, Götze, S. 98. Zahlreiche Belege bei Fischer, Kirche. Vgl. auch Thränhardt, Demokratiedefizit.

³⁸ Zit. nach Boyens, Treysa, S. 45.

³⁹ Barth an Keller vom 28. 9. 1945. Zit. nach Busch, Barths Lebenslauf, S. 341.

⁴⁰ Dibelius, Ein Christ, S. 258.